

# Halle'sches Tageblatt.

Ercheint täglich Nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis vierteljährlich für Halle und durch die Post bezogen 2 Mark.

Amliches Verordnungsblatt für die Stadt Halle.

Im Selbstverlage des Magistrats der Stadt Halle.

Insertionspreis für die vierteljährliche Corus-Beile oder deren Raum 15 Sgr.

Reklamen vor dem Tagesstempel der vierteljährlichen Corusseite oder deren Raum 40 Sgr.

Nr. 39.

Mittwoch, den 16. Februar 1887.

88. Jahrgang.

## Amlicher Theil.

### Bekanntmachung.

Zur Vermietung der Turnhalle auf dem hiesigen Hof-  
plage als Ecklokal während der in diesem Jahre auf  
den 31. März und 1. April, den 16. und 17. Juni, den  
12. und 13. September und den 20. und 21. Oktober  
fallenden 4 Vieh- und Krämmermärkte unter den im Termine  
bekannt zu machenden Bedingungen, wird ein Termin auf  
**Montag, den 28. Februar d. J.,**  
**Vormittags 10 Uhr,**

auf der Hofstraße im Waagegebäude anberaumt, wozu  
Respektamen eingeladen werden.  
Halle a. S., den 12. Februar 1887.

Der Magistrat.

### Bekanntmachung.

Der Kaufmann Herr **Emil Luther**, Börmilchstraße  
No. 7, ist zum Armen-Vorsteher im XIV. Bezirk gewählt.  
Halle a. S., den 11. Februar 1887.

Der Magistrat.

Die Armen-Direktion.

### Bekanntmachung.

Die von außerhalb mit zugezogenen, also **hier nicht**  
**geborenen** Kinder, welche in diesem Jahre zur Umwälzung  
zu kommen haben, sind von den dazu verpflichteten Eltern,  
Vormündern oder Pflegern innerhalb der nächsten 8 Tage  
während der Vormittags-Geschäftsstunden (8—11 Uhr) im  
Zimmer III des hiesigen Rathhauses anzuwenden. Einmalige  
Sämige haben die gegenwärtige Verfügung zu gewärtigen.  
Siebentage, den 9. Februar 1887.

Der Gemeinde-Vorsteher.  
Stridde.

## Nichtamtlicher Theil.

Halle, den 15. Februar 1887.

\* Je mehr wir uns dem Termin der Wahlen zum  
Reichstage nähern, desto lebhafter werden die Anstrengungen  
der einzelnen Parteien zur Erlangung des Sieges,  
desto zahlreicher die Menge der ausgefesselten Flugblätter,  
desto heftiger das Toben der patriotischen Jubelstürme,  
in der Strömung von Tinte fließen. Wenn man diesem Wahl-  
kampf eine bisher noch nicht erlebte Erbitterung voraus-  
gesetzt hat, so ist damit nichts übertrieben worden. Ein  
Blick in die Tagespresse lehrt, daß diese Propaganda in  
Erfüllung gegangen ist. Welch' eine Summe von  
Lebenskraft und Hohn hat sich in den Spalten der Blätter  
angehäuft! Wie maßlos ist die Sprache und wie groß die  
Nüchternheit in der Wahl der Kampfmittel.  
Häßen und dröhen wird darüber der Ausruf: „Wahlkämpfe  
laut.“ Es giebt kaum eine Entscheidung, die man dem  
Gegner nicht zurecht. Wo die Wahrheit und das gute  
Recht liegt, soll am 12. ds. das deutsche Volk entscheiden.  
Es geht nach der Ueberzeugung vieler ein starker Zug  
durch das deutsche Volk, welcher der Regierung die Er-  
reichung ihrer Absichten wichtiger, ebenso sehr aus patrioti-  
scher Rücksicht auf die Sicherheit des Reiches und den  
Fortbestand des Friedens wie auch aus Abneigung gegen  
den herrschenden und die Kräfte verschwendenden inneren  
Kampf. Darum hat man auch das Eintreten des Papstes  
bei der Septennatsfrage mit einer gewissen Begünstigung hin-  
genommen, obgleich man sich über die Wichtigkeit dieses Vor-  
ganges keiner Täuschung hingibt. Die beiden päpstlichen  
Briefe erregen insofern natürlich Bedenken, als der Papst  
darin eine Einmischung auf Angelegenheiten in Anspruch  
nimmt, welche an sich für sich nicht in den Kreis der kirch-  
lichen Angelegenheiten fällt, wie weit man diesen auch im-  
mer ziehen mag. Diese prinzipiellen Bedenken werden von  
den Gegnern möglichst ausgenutzt. Allein man wird ihnen  
in dem vorliegenden Falle eine entscheidende praktische Be-  
deutung nicht beimesen können. Das Centrum hat kein  
Verhalten gegenüber nationalen und politischen Fragen ge-  
wöhnlichemäßig durch den Hinweis auf kirchliche Interessen  
begündelt und unter diesem Motto die schärfste Oppositions-  
politik auf der ganzen Linie getrieben. Wenn jetzt dasselbe  
Mittel, dessen sich das Centrum bedient hat, um die deutsche  
Politik gerade in Fragen des spezifisch nationalen Charak-  
ters zu bekämpfen, so fragen das Centrum im Sinne der kirch-  
lichen Angelegenheiten, so kann man sich nicht in dem Inter-  
esse der guten Sache freuen, ohne dadurch in dem einen  
Fall die Berechtigung zur Heranziehung des kirchlichen Moments und der

darans sich ergebenden Konsequenzen anzuerkennen. Wir  
unsererseits halten die Existenz einer katholisch-kirchlichen  
Partei, mit der eine Einwirkung der Kurie auf die inneren  
Angelegenheiten Deutschlands untrennbar verbunden ist, für  
ungefährd und unerwünscht.

Das das Centrum sich auch ferner nicht sonderlich um  
die Wünsche des Papstes kümmern werde, beweist die zu-  
verlässliche Sprache der „Germ.“, die in ihrer neuesten  
Auslassung den Nachweis versucht, daß das Centrum im  
Grunde genommen ja vollständig den in den Schreiben  
des Kardinals Jacobini ausgeprochenen „Wünschen“ ge-  
nügt habe, denn es sei ja, um eben den Krieg zu vermei-  
den, „jeder Mann und jeder Groschen“ auf drei Jahre  
bewilligt worden. Lag der Krieg ja nahe, wie es der  
Papst annehme, so habe die Regierung ja die Truppen für  
jagt und auf drei Jahre zur Verfügung haben sollen.  
Im Uebrigen handle es sich aber nur um Wünsche, deren  
Vertragung der Papst dem Centrum nicht als Angehörig  
auslegen werde, da er einsehen müsse, daß dasselbe nicht  
andere habe handeln können. Habe das Schreiben doch  
nur von „möglichstem“ Entgegenkommen gesprochen.

Von Rom her ist man freilich bemüht, das Centrum  
umzuklimmen und ihm goldene Brücken zu bauen: un-  
gesehenlich ohne Erfolg, denn die Centrumpresse läßt nicht  
das Mindeste merken, daß man bereit ist, diese Umkehr zu  
vollziehen. Das Blatt der päpstlichen Kurie, der „Osser-  
vatore Romano“, bringt abermals einen Artikel, welcher  
eine Erläuterung der beiden Schreiben des Kardinals Ja-  
cobini bezweckt und dem Centrum von Neuem in's Ge-  
sicht redet. — Aus Wünschen wird telegraphisch gemel-  
det, daß die „Neuesten Nachrichten“ eine Zuschrift von  
kompetenter Seite empfangen, nach welcher die Veröffentli-  
chung der Jacobinischen Note auf direkten Befehl des  
Papstes geschah und jetzt sogar beide Astenstücke sämt-  
lichen deutschen Erzbischöfen und Bischöfen mitgeteilt  
worden sind. Sollte das Centrum in der Opposition  
verharren, so stehe ein neuer entscheidender Schritt des  
Papstes bevor, durch welchen mindestens das imperative  
Mandat gegen das Septennat befestigt werde.

\* Während bisher als offiziös geltende Berichterstatter  
behalten, die kaiserliche Proklamation in ihren  
Grundzügen im Wesentlichen zu lesen, ferner daß dieselbe  
bereits Freitag im Druck erschienen werde, ist die „Natio-  
nalzeitung“ in der Lage zu melden, daß eine kaiserliche  
Proklamation mit Bezug auf die bevorstehenden Reichstags-  
wahlen nicht erfolgen werde.

\* Der Bundesrath hielt gestern eine Plenarsitzung  
ab. Die Gegenstände der Tagesordnung sind meist von  
sekundärer Bedeutung. Die Anberaumung einer gewisser-  
maßen außerordentlichen Sitzung des Bundesrathes dürfte,  
so schreibt die „Nat. Ztg.“ namentlich mit Rücksicht auf  
den Umstand, daß Arbeiten von Wichtigkeit nicht vorliegen,  
die Annahme unterliegen, daß die Verhängung des „kleinen  
Verlagerungszeitraumes“ über Stettin und Umgegend in  
Frage steht. Man wird nicht irren, wenn man annimmt,  
daß dieser Gegenstand dem Bundesrath schon gestern  
beschäftigte.

\* Nach den Ausführungen des Straßburger Korrespon-  
dent der „Polit.“ scheint die Möglichkeit der Verhängung  
des Kriegszustandes über Elsaß-Lothringen näher gerückt  
zu sein. Der Korrespondent schreibt, es unterliegt keinem  
Zweifel, daß die Maßregel hier sofort erfolgen würde, wenn  
die Militärbehörde durch den Ausfall der Reichstagswahl  
zur Ueberzeugung von der Unzuverlässigkeit und französi-  
schen Gesinnung der Mehrheit der Einwohnerschaft kommen  
sollte. — Auf Requisition des Ober-Richters haben  
übrigens in Straßburg Hausdurchsuchungen stattgefunden,  
darunter auch bei einem Mitglied des Komitees für die Wahl  
Kable's. Die Landeszeitung für Elsaß-Lothringen hebt  
heraus, daß dieses Einschreiten mit der Wahlbewegung durch-  
aus nicht zusammenhängt, sondern mit Verbindungen, welche  
die französische Patriotik in Reichslande hervorzu-  
rufen hat.

\* Herr von Eynern hat in einer Rede zu Volmar-  
stein a. d. Ruhr, bei der „Polit.“ gemeldet wird, folgende  
Mittelweg über eine Unterredung mit dem Fürsten  
Bismarck gemacht: Noch vor acht Tagen habe ich mit  
dem Fürsten Bismarck gesprochen und ihn gefragt, wie  
es mit Krieg und Frieden stehe. „Das wissen Sie ge-  
rade so gut wie ich“, habe der Reichsfanzler geantwortet,  
„wir leben im Frieden, aber sehen Sie auf die Vorbe-  
reitungen Frankreichs, auf die Barackenbauten, auf Bou-  
langers, auf das seit 16 Jahren erlöschende Geschrei der  
Patriotenliga und dann werden Sie wissen, ob und was  
wir von Frankreich zu fürchten haben.“

\* Die über den Kreis Offenbach auf Grund des  
Sozialistengesetzes verhängten Ausnahmemaßregeln erstrecken  
sich auf Abhängigmachung der Abhaltung von Versam-  
lungen von vorgängiger Genehmigung der Sozialpolizei-  
behörde, Befugnis zur Ausweisung von Personen, von  
denen eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und  
Ordnung zu befürchten ist, Verbot des Waffentragens, sowie  
des Besesses, der Einführung, des Verkaufs von Spreng-  
stoffen. Der bisherige Abgeordnete Liebnicht ist bereits  
aus Offenbach ausgewiesen.

\* Das Herrenhaus nahm gestern den Kommissionsbericht  
über den Entwurf einer Kreisordnung für die Rheinprovinz  
und eines Gesetzes über die Einführung der Provinzialord-  
nung von 29. Juni 1875 in dieser Provinz entgegen. Der Präsident  
theilte vor Eintritt in die Tagesordnung mit, daß der Kaiser  
die Adresse des Hauses huldvoll angenommen habe. Das  
Präsidium wird ermächtigt, dem Kaiser, der Kaiserin, dem  
Kronprinzen, der Kronprinzessin und dem Prinzen Wilhelm die  
Gleichmüthigkeit des Hauses anlässlich des freudigen Familien-  
ergnisses zu übermitteln. Nach Eintritt in die Tagesordnung  
nimmt Adams als Referent das Wort und betont, daß die be-  
sonderen Gesichtspunkte für Rheinland-Besitzungen bereits bei  
Veratung der Kreisordnung für Hannover erörtert worden  
seien. Die Kreisordnung werde wesentlich dadurch erleichtert,  
daß der Kreisverwaltungsbehörden abgenommen worden sei.  
Referent giebt in kurzen Zügen ein Bild der bisherigen Zustände.  
Westfalen und die Rheinprovinz habe unter der Herrschaft der  
selben Kreisordnung gestanden. Von Selbstverwaltung ist bis-  
her in der Rheinprovinz wenig die Rede gewesen. In dieser  
Beziehung solle der neue Entwurf Besserung herbeiführen. Als  
ein Fortschritt werde angesehen, daß das Prinzip der Wahl  
mehr ausgebildet werde. In der Generaldebatte vertritt Jülich  
zu Weid (Voritzender des rheinischen Provinziallandtages) den  
prinzipiellen Standpunkt des Provinziallandtages, der in einer  
Resolution der Adresse der Kaiserin an den König niedergelegt  
worden sei, vertritt diese Resolution und läßt Betrachtungen  
an die Verlesung derselben. Wirkliche Minder der Selbstver-  
waltung würden durch die Forderungen des Provinziallan-  
tages ausgefüllt. Jedoch habe der Provinziallandtag das gegen-  
wärtig niedrigeren Prinzip über die Rheinprovinz nicht herab-  
brechen lassen, sondern die Erringung der Provinzordnung unter  
möglichster Beibehaltung der bewährten Institutionen und Weg-  
lassung der veralteten Institutionen gewähren wollen. Jeder sei  
die Bitte bei untern organisierten Arbeiten eingeleitet, nicht  
von unten sondern von oben zu bauen. Er habe die Ueber-  
zeugung, daß die Rheinprovinz in der Provinzialordnung Männer  
entfalten werde, die das Wohl der Provinz im Auge fassen,  
möge die Form der Wahl sein, welche sie wolle. Referent tritt  
für die Rechte der ehemals reichsunmittelbaren Ständesverträge  
auf dem Landtage ein und erinnert daran, wie wichtig es im  
Interesse der Provinz sei, daß nichtgewählte Mitglieder  
in derselben säßen. Referent empfiehlt trotz der geäußerten Be-  
denken die unveränderte Annahme des Entwurfs in der Kom-  
missionsfassung. Vred bekräftigt die Kommissionsbeschlüsse  
und vertritt nur in dem Punkte von Bedenken ab, als er hin-  
sichtlich der Aufbringung der zur Befriedigung der Pensionen-  
zahlungen für die in den Abgetand verlegten belohnten Beam-  
ten der Landbürgermeisterei und Landgemeinden erforderlichen  
Beträge die Bestimmungen der westfälischen Kreisordnung em-  
pfehle. Adams bezeichnet, die an der Landgemeinde-Ordnung  
durch diese Vorlage getroffenen Veränderungen als Verbesserun-  
gen und vertheidigt die Staatsregierung, daß sie das Wahlrecht  
der ehemals reichsunmittelbaren Ständesverträge auf dem  
Provinziallandtage abgeschafft habe. Nach Schluss der Gene-  
raldebatte werden die Entwürfe der Kreisordnung (von 8 34  
bis zum Schluss an 100) mit der Resolution, die Staatsregie-  
rung zu erlauben, die Aufstellung und Pensionverhältnisse  
der Beamten der Landgemeinden möglichst bald im Wege der  
Gesetzgebung zu regeln und der Provinzialordnung unverän-  
dert nach den Kommissionsbeschlüssen angenommen. Schluss  
der Sitzung halb 3 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 12 Uhr.  
Tagesordnung: Kleinere Vorlagen.

\* Die „Polit. Korresp.“ erfährt: Der Zusammentritt  
der österreichisch-ungarischen Delegationen ist auf den 1. März  
festgesetzt. Für die unmittelbar notwendig gewordenen  
Anschaffungen an Ergänzungsvorräthen wird Bewilligung  
eines fixen Betrages von 25 Millionen von ihnen ver-  
langt werden. Außerdem soll beschäftigt sein von den  
Delegationen einen weiteren Kredit zu beantragen, bis  
zu dessen Höhe der Kriegsverwaltung für den Fall, daß  
die bedrohliche Lage in den nächsten Monaten noch an-  
dauern sollte, weitere Beträge zur Fortführung der etwa  
noch nötigen Vorkehrungen zur Verfügung gestellt werden  
könnten. Diese zweite dormalen noch nicht fixierte Summe  
muß nicht unbedingt, sondern kann nur eventuell unter  
Verantwortung der Regierungen im Falle dringender Not-  
wendigkeit verausgabt werden. Ferner meldet die „Polit.  
Korresp.“: Graf Deym, welcher zum Gesandten in Wils-  
chen ernannt ist, wird sich schon heute dahin begeben, um  
seine Kreditiv alsbald zu überreichen. Für den Gesandten-  
posten in Bukarest ist der bisherige Volschaftsrath in  
Paris, Graf Golschowski, designirt. Der frühere diplo-  
matische Agent in Sofia, Febr. v. Biegeleben, soll zum  
Volschaftsrath in London ernannt und Legationsrath v.  
Eisenstein der Berliner Volschaft zugeteilt werden. —  
Baron Drey begiebt sich heute nach Budapest zur Ueber-  
nahme der interimistischen Leitung des Ministeriums des  
Innern. — Nach einer Meldung aus Lemberg ist die  
Nachricht des „Standard“ über stärkere Konzentrationen





